



Radtour antikolonial gegen die G-20 Afrika-Konferenz

*Liebe Anwohner*innen, liebe Passant*innen!*

Wir sind wütend. Im Zuge der Präsidentschaft über die G20-Staaten hat Deutschland Afrika auf die Agenda gesetzt. Zur Vorbereitung des G20-Treffens, das im Juli in Hamburg stattfindet, lädt Deutschland zur „G20-Afrika-Partnerschafts-Konferenz“ am 12. und 13. Juni in Berlin ein.

Die „Partnerschaft mit Afrika“ ist ein komplexes und höchst aggressives Langzeit-Projekt zur kapitalistischen Durchdringung des Kontinents. Das Ziel der „Partnerschaft mit Afrika“ ist die „Entfesselung einer afrikanischen industriellen Revolution“ (McKinsey), die vollständige Unterwerfung des letzten großen Sozialraums, der erst ansatzweise von kapitalistischen Beziehungen durchdrungen ist.

Die Leichenberge, die diese Aggressivität produziert, werden als zwangsläufige Folge von Hunger, Kriegen oder „Schlepperbanden“ dargestellt – ungeachtet der Tatsache, dass die kapitalistische Strategie auf militärische, finanzielle, ökonomische, technologische und politische Angriffe angewiesen ist, um soziale und ökonomische Zusammenhänge zu zerstören. In einem Umkehrschluss wird Kapitalismus zu Entwicklungshilfe deklariert und als angeblich wirksames Gegenmittel verkauft.

Der Logik dieses Relabelings folgend wird „Fluchtursachen bekämpfen!“ als Entwicklungshilfe vermarktet. In Wirklichkeit handelt es sich um Vertreibungen, an deren Ende Profitinteressen stehen. Das Ziel ist die Steuerung der Mobilität der Armen und dient der Sicherung von Wirtschaftsvorteilen der ohnehin Privilegierten. Nicht Fluchtursachen, sondern Flucht und Migration werden bekämpft. Die im Orwellschen Neusprech vorgebliche „Bekämpfung der Fluchtursachen“ degeneriert zu einer Verschärfung der Fluchtbedingungen, indem die Überlebenden in afrikanische Slums zusammen getrieben werden.

Der „Marshallplan“ sieht vor, das überlebende Humankapital vor Ort zu erschließen und wirtschaftlich zu verwerten. Die Kosten tragen die durch G20 Prekarisierten und Marginalisierten, die sich kaum wehren können. Auf der Flucht vor dieser Willkür ist der Preis oft das eigene Leben.

Die Machenschaften der DEG

Kapitalistische Strategien sind auf konkrete Akteure angewiesen, die die Morde von hier aus steuern. Ein wichtiger Lenker der Mordmaschine ist die DEG, eine hundertprozentige Tochter der KfW, mit Sitz in Köln.

Die DEG finanziert und fördert Unternehmen, die in sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern investieren. Ihre Aufgabe ist es, privatwirtschaftliche Strukturen durch langfristige Projekt- und Unternehmensfinanzierung zu fördern. Dadurch wird die Grundlage für ein kapitalistisches Wirtschaftswachstum geschaffen sowie damit einhergehende optimierte Ausbeutungsbedingungen. Die DEG ist spezialisiert auf Projekt- und Unternehmensfinanzierungen in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Finanzierungen werden zu marktorientierten Konditionen vergeben und umfassen Kredite, Zuschüsse, Garantien und Beteiligungen.

Zusätzlich bietet die DEG auch „Beratungsdienstleistungen“ an für investierende Unternehmen und für Institutionen, die die Förderung der privatwirtschaftlichen Ausbeutung in den Partnerländern zum Ziel haben.

In Sambia kämpfen z.B. Bäuer*innen gegen eine von der DEG finanzierte, Palmölplantage mit über 400.000 Palmen auf knapp 30km². Den Bäuer*innen wurde ihr Land geraubt; die riesige Plantage zerstört ihre Umwelt- und Lebensbedingungen und Widerständige wurden ins Gefängnis geworfen.

Wir unterstützen die Kämpfe der Menschen gegen die Projekte der DEG! Wir sind wütend. Deswegen tragen wir heute am 12.6.2017 zum Auftakt der „G20-Afrika-Partnerschafts-Konferenz“ in Berlin unseren Protest mit einer Aktionsradtour hier in Köln auf die Straße.

- **Wir protestieren gegen die gewaltsame kapitalistische Zurichtung Afrikas!**
- **Wir protestieren gegen die Verherrlichung kolonialer Gewalt in unseren Straßen!**
- **Wir protestieren gegen die Schreibtischtäter und Völkermörder in unserer Stadt**
- **Gegen Ausbeutung, Abschottung, Verelendung!**
- **G20 versenken, den Marshallplan mit untergehen lassen!**